

# DIE GRUNDMERKMALE DES SOZIALISTISCHEN ZIVILPROZESS- RECHTS – INSBESONDERE DES UNGARISCHEN

DR. LÁSZLÓ NÉVAI

Universitätsprofessor, Leiter des Lehrstuhls für Zivilverfahrensrecht an der  
Loránd Eötvös Universität  
(Budapest)

## I. Das Zivilverfahren im sozialistischen Justizsystem

Die Entwicklung des Justizwesens der neuesten Zeit ist in struktureller Hinsicht durch zwei Haupttendenzen, durch die erhöhte *Zergliederung* (Differenzierung) und die erhöhte *Vereinheitlichung* (Integrierung) charakterisiert, die teils parallel, teils aber in entgegengesetzter Richtung zur Geltung kommen.

Die Zergliederung ist die Folge der Tatsache, daß sich der Kreis jener gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Konfliktsituationen eine Gerichtsentscheidung erfordern, – mit Hinsicht auf die allgemeine Entwicklungstendenz – immer größer wird. Dieser Prozeß, der heutzutage sowohl die sozialistische, wie auch die kapitalistische Gerichtsbarkeit charakterisiert, führt zu verschiedenen Ergebnissen bei diesen beiden Haupttypen der Gerichtsbarkeit.

In den *kapitalistischen* Staaten ist diese Differenzierung meistens mit einer *organisatorischen Trennung* verbunden. Neben der primären, organisatorischen Trennung der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit errichtet das kapitalistische System spezielle Gerichte (und außergerichtliche Organe) zur Entscheidung von Sachen, die von verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisgruppen entstehen (von familien- und arbeitsrechtlichen, Patent-, Handels-, Sozialversorgungs-, Verfassungs-, Verwaltungs-, Finanz- usw. Rechtsstreiten); dieser organisatorischen Trennung folgen natürlich entsprechend *verschiedene Verfahrensregelungen*. Das Ergebnis ist die *Zergliederung* (Differenzierung) *ohne Einheit*.

Die *sozialistischen* Länder erben zwar diese organisatorische Trennung, aber sie überwinden es – im Verhältnis zum Tempo der sozialistischen Umgestaltung ihres Staats- und Rechtssystems – früher oder später und sie bringen – in Einklang mit dem Grundsatz der Einheit der sozialistischen Gerichtsbarkeit – ihre *einheitliche* Gerichtsorganisation zustande.

Neben der Hauptbestrebung der Erschaffung der *organisatorischen Einheit* muß auch die sozialistische Gesetzgebung mit der starken Vermehrung und Verzweigung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die eine Gerichtsentscheidung erfordern, rechnen; die Organisation ihrer Beurteilung erfolgt aber im allgemeinen nicht durch Errichtung von Sonderge-

richten, sondern im Rahmen des einheitlichen sozialistischen Gerichts. Jedoch erfordert die Vielfalt der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich aus den Besonderheiten ihrer Elemente, ihrer Komponenten ergibt und sich in den diesbezüglichen materiell-rechtlichen Regeln widerspiegelt, auch im sozialistischen Recht auf dem Gebiet der *Verfahrensregelung* gewisse *Abweichungen*. Das Ergebnis ist eine *Gliederung innerhalb der Einheit*.

Das *Zivilverfahren* ist in dieser Auffassung ein Hauptweg der einheitlichen sozialistischen Gerichtsbarkeit. Diese Feststellung enthält eines der wichtigsten — auf die Position im System hinweisenden — Elemente des Begriffs des Zivilverfahrens. Die auch weitere wichtige Merkmale enthaltende *Definition* könnte folgenderweise abgefaßt werden: Das ungarische Zivilverfahren ist die in Zivilsachen auf die Verwirklichung der Rechtsprechung gerichtete und in einer auf den Grundsätzen des sozialistischen Demokratismus beruhenden gesetzlichen Ordnung vollführte Tätigkeit des Gerichtes neben der aktiven Mitwirkung der Parteien und anderer Subjekte des Verfahrens.

Bezüglich der *einzelnen Begriffselemente* ist folgendes in Betracht zu ziehen:

Die Gerichtsbarkeit wird im System des Sozialismus ausschließlich durch das Gericht ausgeübt, jedoch wirken in dieser Tätigkeit und so gemeinsam mit dem Gericht die Parteien (Kläger, Beklagter, „Antragsteller“, ein Vollstreckung Beantragender, usw.) und ihre Vertreter (Rechtsanwalt, Justiziar, Sachwalter, usw.), sowie im Verfahren zur Teilnahme berechnigte andere Personen (Staatsanwalt, Mitkläger) und die sog. übrigen Mitwirkenden (Sachverständige, Zeugen, Dolmetscher) mit, die so zu *Subjekten* des Verfahrens werden.

Zwischen den Genannten kommen im Laufe des Justizverfahrens bestimmte Rechtsverhältnisse, die mit den materiell-rechtlichen Rechtsverhältnissen nicht identisch sind, also sog. *Zivilverfahrensrechtsverhältnisse* zustande. Der Inhalt dieser Rechtsverhältnisse besteht aus prozessualen Rechten und Pflichten, z.B. das Recht des Klägers (und die dementsprechende Pflicht des Gerichtes) auf die Prüfung der Klageschrift und als dessen Ergebnis auf weitere gesetzliche Maßnahmen, das Recht des Beklagten auf Einleitung einer Widerklage gegen den Kläger und die damit zusammenhängenden Pflichten des Klägers, usw.

Der *Gegenstand* des Zivilverfahrens ist eine Zivilsache. Der Ausdruck „Zivilsache“ wird in der ungarischen Verfahrenswissenschaft in einem umfassenden Sinn verwendet — sie versteht darunter nicht nur die aus dem materiellen Zivilrecht stammenden Sachen, sondern alle anderen Rechtsstreite (z.B. familien- und arbeitsrechtliche, bodenrechtliche, aus dem Mitgliedschaftsverhältnis der Genossenschaften stammende, staatsrechtliche, verwaltungsrechtliche, finanzrechtliche), welche das Gericht gemäß den Regeln des Zivilverfahrens beurteilt.

Nur ein gewisser Teil der durch verschiedene materielle Rechtsregeln geregelten gesellschaftlichen Verhältnisse (Rechtsverhältnisse) kommt vor das Gericht. Mit Hinsicht auf die das Gerichtsverfahren umgebenden de-



mokratischen und Gesetzlichkeitsgarantien ist jene Frage von sehr großer Bedeutung, welche Rechtsstreite vom Standpunkt des Verfahrens als Zivilsachen qualifiziert werden können, welche Sachen zum *Gerichtsweg* gehören. Im sozialistischen ungarischen Rechtssystem bietet in erster Linie das Rechtsmaterial bezüglich des Zivilrechts und Familienrechts, sowie des Arbeitsrechts und das bezüglich des Mitgliedschaftsverhältnisses der Genossenschaften jene Gebiete, von denen die Rechtsstreite im allgemeinen und meistens (also nur bei fallweisen Ausnahmen) auf den Gerichtsweg gehören. Die Lage ist umgekehrt in Bezug auf das Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Finanzrecht, bei denen die Rechtsstreite, die aus den von ihnen geregelten Rechtsverhältnissen stammen, nur ausnahmsweise (im Falle einer besonderen Verfügung der Rechtsnorm) vor das Gericht kommen. Die Zulassung des Gerichtsweges hat hinsichtlich der übrigen Rechtszweige einen fallweisen und gemischten Charakter.

Das Zivilverfahren ist – mit Hinsicht auf seinen Charakter als behördliche (Gerichts-) Tätigkeit – immer eine gesellschaftlich bestimmte Erscheinung. Der sozialistische Staat – auch die Ungarische Volksrepublik – organisiert im System des *sozialistischen Demokratismus*, aufgrund dessen Grundsätze und Erfordernisse die Ordnung der Beurteilung der Zivilsachen. Der sozialistische Demokratismus gibt den ideellen Hintergrund der rechtlichen Regelung des ungarischen Zivilverfahrens; er durchdringt die Bestimmung des Ziels und der Aufgaben, die Grundsätze und sämtliche wesentliche Regeln des Ganges des Verfahrens.

## II. Die Zivilverfahrensrechtswissenschaft

### 1. Die bürgerliche zivilverfahrensrechtliche Wissenschaft

Die Ausgestaltung der Zivilverfahrensrechtswissenschaft der neuesten Zeit ist eine Folgeerscheinung jenes Prozesses, im Laufe dessen das *Zivilprozeßrecht* – entsprechend den Entwicklungsbedürfnissen des Kapitalismus – aus dem materiellen Privatrecht ausschied und als selbständiger Rechtszweig systematisiert wurde. Die Anfänge dieser Entwicklung reichen bis zur französischen Revolution zurück und nehmen mit der napoleonischen Zivilprozeßordnung, dem am 1. Januar 1807. inkraftgetretenen *Code de procédure civile* eine bestimmtere Form an. Der französische *Code* wurde mit mehr oder weniger Verzögerung in ganz Europa durch Kodifikationsbestrebungen und Gesetzeswerke begleitet.

Parallel zu der Kodifikations selbständigkeit des Zivilprozeßrechts begann auch die Emanzipation der *Prozeßrechtswissenschaft*. Im dritten Drittel des 19. Jahrhunderts entfaltete sich dieser Prozeß in weiteren Kreise: immer entschiedener hörte die frühere monistische Anschauungsweise des Privatrechts und Prozeßrechts auf und bildete sich in der Wissenschaft die sog. „prozessuale“ Anschauungsweise aus. Die bürgerlichen Prozessualisten erkannten die ihnen zukommenden Aufgaben in der Förderung der Entwicklung des kapitalistischen Systems mit rechtlichen Mitteln. Dieser Selbsterkenntnis folgte eine starke Zunahme der prozeßrecht-

lichen Literatur und die Verfeinerung der Bearbeitung der verschiedenen Fragen. Die selbständig gewordene Prozeßrechtswissenschaft trachtete sich — auch im Vergleich zu dem materiellen Recht — in erhöhtem Maß als über den Klassen stehend einzustellen. Dieser Richtlinie diente jene in der bürgerlichen Prozeßrechtswissenschaft vorherrschende Auffassung, die — den kapitalistischen Staat als über den Klassen stehenden betrachtend — das Zivilverfahrensrecht dem Wesen nach als eine öffentlich-rechtliche Disziplin auffasste. Insbesondere auffallend war diese Richtung der Entwicklung in der bürgerlichen deutschen Rechtswissenschaft, die zugleich auch den größten Einfluß auf die ungarische Rechtswissenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in den Jahrzehnten vor dem zweiten Weltkrieg ausübte. Die wichtigsten Themen dieser Periode waren die sog. Prozeßvoraussetzungen, der Prozeß als öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis und das sog. Klagerecht — alle theoretische Grundfragen der Einleitung des Prozesses.

*Die bürgerliche Zivilverfahrenswissenschaft unserer Tage* hat teilweise schon diese Problematik überwunden, teilweise ist sie aber noch immer damit verbunden. Dabei ist es aber auch auffallend, daß sie sich immer weniger von den innerhalb des kapitalistischen Systems auftretenden fortschrittlichen Tendenzen und von der Wirkung der Anziehungskraft des sozialistischen gesellschaftlich-politischen Systems und der sozialistischen Rechtswissenschaft entziehen konnte. Trotz alledem befriedigen die neuesten kapitalistischen prozessualen Anschauungen (z.B. die Theorien bezüglich der sog. „Publizisierung“, „Sozialisierung“ des Prozesses, der Erhöhung der Rolle des Richters als Prozeßleiters, des Schutzes der Gruppen- und Gemeinschaftsinteressen im Zivilprozeß, usw.) manchmal das Apologie-Bedürfnis der Bürgerschaft, oder dienen — wie auch die aus früherer Zeit stammende Auffassung des Zivilprozesses als öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnisses — der Bekräftigung des Scheins der demokratischen Entwicklung.

## 2. Die sozialistische Zivilverfahrensrechtswissenschaft

Die Ausbildung der sozialistischen Wissenschaft des Zivilverfahrensrechtes ist mit den Justizverfügungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, dann mit der ersten sozialistischen Zivilprozeßordnung, mit dem Zivilverfahrensgesetz der RSFSR vom Jahre 1923. verbunden. Die Entwicklung nahm einen großen Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg, als die auf den Weg des Sozialismus getretenen volksdemokratischen Länder durch Schaffung neuer Gesetzbücher oder durch grundlegende Modifizierung früherer Gesetzbücher ihre eigene sozialistische Zivilprozeßordnung ausgestaltet haben.

Die sozialistische Wissenschaft des Zivilverfahrensrechts beruht auf der marxistisch-leninistischen Ideologie. Die Richtung ihrer Forschungen wird primär durch das Ziel und die Aufgaben des sozialistischen Zivilverfahrens (s. Kap. IV) bestimmt. Die Hauptlinie der Untersuchungen ist die Entwicklung des Demokratismus, der Gesetzlichkeit und der Wirksamkeit des Zivilverfahrens.



Die genannten Umstände spielen bei der Ausgestaltung der *thematischen Knotenpunkte* der sozialistischen Zivilverfahrenswissenschaft eine bestimmende Rolle. In beinahe allen sozialistischen Ländern befaßten sich die Prozessualisten als „Grundforschung“ mit dem Problemenkreis der Grundsätze des Zivilverfahrens, mit den Fragen der Sicherung der Volksteilnahme, mit der Rolle des Staatsanwalts im Zivilprozeß, mit den Problemen der Beweisführung, des Rechtsmittelsystems, der Rechtskraft, usw.

In der sozialistischen Wissenschaft des Zivilverfahrensrechts weisen die in den einzelnen Ländern und unter den einzelnen Forschern ausgebildeten Auffassungen – neben den auf der prinzipiellen Basis beruhenden gemeinsamen Zügen – auch Abweichungen auf, die neben Ursachen subjektiver Natur meistens aus den Traditionen des gegebenen sozialistischen Landes, aus seinen gesellschaftlichen Gegebenheiten, hauptsächlich aus gewissen Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur (z.B. der Eigentumsverhältnisse) und der Methoden der Wirtschaftslenkung stammen.

Der Fortschritt der Integration der im Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW) vereinten sozialistischen Länder gibt – im Zusammenhang mit der Vervollkommenung der rechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit – den rechtsvergleichenden Forschungen einen Stoß und fördert in diesen Staaten die immer stärkere Übereinstimmung der zivilverfahrensrechtlichen Regelung in der Zukunft. Auf diesem Gebiet spielen die alle drei Jahre abgehaltenen internationalen wissenschaftlichen Konferenzen der Zivilprozessualisten der sozialistischen Länder eine große Rolle. Diese Konferenz wurde zuerst in Budapest im Jahre 1968. abgehalten.

### III. Stellung des Zivilverfahrensrechts im sozialistischen Rechtssystem

#### 1. Das Zivilverfahrensrecht und das Staatsrecht

Die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte oft diskutierten Systemprobleme des sozialistischen Rechts berührten manchmal ganz von nahem auch das Zivilverfahrensrecht. Es war nie bestritten, daß das Zivilverfahrensrecht ein selbständiger Zweig des sozialistischen Rechtssystems ist. Bestritten waren aber (und sind es teilweise auch heute noch) einzelne Fragen, die sich auf das *Verhältnis* des Zivilverfahrensrechts zu anderen Zweigen des sozialistischen Rechtssystems beziehen. Für einige dieser Fragen bildeten sich schon als endgültig zu betrachtende Standpunkte aus, andere sind aber noch immer offene Probleme.

Vollkommen geklärt sind die Standpunkte bezüglich des Verhältnisses des Zivilverfahrensrechts zum *Staatsrecht*. Dieses Verhältnis wird durch den Grundrechtszweigcharakter des Staatsrechts, der in dem Grundgesetzcharakter der Verfassung wurzelt, bestimmt. Wenn wir dieses Verhältnis auf allgemeiner Ebene betrachten, so bestimmt die Verfassung – dadurch daß sie die sozialistischen Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung, des Wirtschaftssystems und der Staatsorganisation festlegt – in vorhinein den sozialistischen Charakter und den grundlegenden Inhalt auch des Zivil-

verfahrensrechtes (und — natürlich — sämtlicher anderer Rechtszweige). Dieses Verhältnis weist nähere und unmittelbare Wirkungen mit Hinsicht darauf auf, daß das Zivilverfahrensrecht die konkreten rechtlichen Mittel auf dem Gebiet der Zivilgerichtsbarkeit zur Verwirklichung der in der Verfassung enthaltenen Gerichtsbarkeitsgrundsätze und Garantien liefert.

## 2. *Das Verhältnis der verschiedenen Verfahrensrechte zueinander*

Das Verhältnis des Zivilprozeßrechtes zum *übrigen prozessualen Rechtsmaterial* (zum Strafverfahrensrecht, Verwaltungsverfahrensrecht, Gerichtsverfassungsrecht) gehört zu den meist bestrittenen Fragen der sozialistischen Rechtswissenschaft, sowohl bezüglich der Entwicklung des sozialistischen juristischen Denkens in der Vergangenheit, wie auch der in den einzelnen sozialistischen Ländern jetzt zur Geltung kommenden Standpunkte. Bei der Beurteilung jener abtrennbaren Auffassung, wonach das Verhältnis des Zivilverfahrensrechts und des Verwaltungsverfahrensrechts zueinander — neben der Gemeinsamkeit des in allgemeinsten Sinn genommenen Verfahrenscharakters der beiden verschiedenen behördlichen Tätigkeiten — grundlegend die aus den Abweichungen des Gegenstandes, des Ziels und der Regelungsmethoden sich ergebenden Unterschiede bestimmt wird, bestehen keine Meinungsverschiedenheiten in der sozialistischen Rechtswissenschaft. Abweichend waren, und sind auch jetzt noch die Standpunkte in den einzelnen sozialistischen Ländern in der Beurteilung des Verhältnisses des Zivilverfahrensrechts, des Strafverfahrensrechts und des Gerichtsverfassungsrechts untereinander vom Gesichtspunkt des Systems. Eine Auffassung sieht — wobei sie die Selbständigkeit der drei Rechtszweige anerkennt — infolge des allgemein akzeptierten Grundsatzes der Einheit der sozialistischen Gerichtsbarkeit eine solche Beziehung zwischen den beiden Verfahrensrechten und dem die organisatorische Grundlage bildenden dritten Rechtszweig, die ihre Einreihung in eine Rechtszweiggruppe innerhalb des sozialistischen Rechtssystems begründet (in der Sowjetunion wurde für diese Rechtszweiggruppe die Benennung „Gerichtsrecht“, in Ungarn die Benennung „Justizrecht“ angenommen). Die andere Auffassung verwirft diesen Gesichtspunkt mit Systemwirkung und anerkennt nur das auf der herkömmlichen Anschauungsweise beruhende Verhältnis zwischen den drei Rechtszweigen, oder — als eine Abzweigung dieser Anschauung — leugnet sogar den Rechtszweigcharakter des Rechtsmaterials der Gerichtsorganisation.

## 3. *Das Zivilverfahrensrecht und seine materiellen Rechtszweige*

Das Verhältnis des Zivilverfahrensrechts und des *materiellen Rechts* macht — im Vergleich zu dem Verhältnis des Strafverfahrensrechts und des materiellen Strafrechts untereinander jener Umstand etwas komplizierter, daß als materielles Recht — wie wir es schon oben beim Gegenstand des Zivilverfahrens erwähnt haben — nicht nur das Zivilrecht in Betracht kommt, sondern zahlreiche andere Rechtszweige, alle jene, aus denen Sachen entstehen können, die im Laufe des Zivilverfahrens beurteilt werden. Die sozialistische Rechtswissenschaft betrachtet die grundlegenden



Züge des Verhältnisses der Verfahrensrechts und der materiellen Rechte aufgrund der These des dialektischen Materialismus bezüglich der Einheit der Form und des Inhalts. Diese Methode blitzt auf in einem oft zitierten Jugendwerk von Marx (Debatten über das Holzdiebstahlgesetz, 1842.). Wesensbestimmende Rolle spielen offensichtlich die materiellen Rechtszweige, aber daneben spielt auch das Zivilverfahrensrecht — in der Beziehung zu diesen als Form — eine unentbehrliche Rolle und verfügt auch über eine relative Selbständigkeit. Seine *Unentbehrlichkeit* besteht darin, daß das Zivilverfahrensrecht im Rahmen der Rechtsnormen für die materiellen Rechte die Mittel des gerichtlichen Schutzes und der Erzwingbarkeit liefert, seine *relative Selbständigkeit* zeigt sich aber — unter anderen — eben durch jene Gerichtsbeschlüsse, die gerade den Mangel des materiellen Rechts feststellen (negatives Feststellungsurteil, abweisendes Urteil, usw.).

#### IV. Ziel und Aufgaben des sozialistischen Zivilverfahrens

##### 1. Grundsätzliche-theoretische Fragen

Die grundsätzlichen-theoretischen Grundlagen des sozialistischen Zivilverfahrens können um drei Fragenkomplexe gruppiert werden: das Ziel, die Aufgaben und die Grundsätze des Verfahrens. Die Dialektik des Zusammenhanges untereinander zeigt folgendes Bild: das *Ziel* des Zivilverfahrens ist jenes endgültige Ergebnis, auf dessen Erreichen die rechtliche Regelung gerichtet ist und der Verwirklichung dessen das gegebene Prozeß- (außerprozessuale) Verfahren dient; die *Aufgaben* des Verfahrens sind jene praktischen Tätigkeiten, die auf das Erreichen des Zieles gerichtet sind; die *Grundsätze* des Zivilverfahrens enthalten die wichtigsten maßgebenden Methoden und Garantien der Durchführung dieser Tätigkeiten.

##### 2. Das Ziel des Zivilverfahrens

Das Ziel des Zivilverfahrens — in allgemeinste Fassung — ist der Rechtsschutz. Dieser Rechtsschutz muß als Ergebnis einer wahrheitsgetreuen und den Rechtsnormen entsprechenden Rechtssprechung erfolgen. Dabei ist darauf zu achten, daß die gerechte und gesetzliche Entscheidung des Rechtsstreites an sich nicht immer einen tatsächlichen Rechtsschutz zu geben vermag; es gibt andere Momente auch, die die Realität des durch das Verfahren gebotenen Rechtsschutzes beeinträchtigen (Schnelligkeit, Vollstreckbarkeit, usw.). Das Ziel des Zivilverfahrens ist also demgemäß: *das Bieten eines tatsächlichen Rechtsschutzes den Parteien in ihren Zivilsachen — aufgrund einer auf der Aufdeckung der Wahrheit und auf der Gesetzlichkeit beruhenden Rechtssprechung.*

##### 3. Die Aufgaben des Zivilverfahrens

Die Aufgaben des Zivilverfahrens sind — als Aufgaben, die der Verwirklichung des Ziels des Verfahrens dienen und teils auch seine Begriffselemente bilden — eigentlich die auf das Gebiet des Zivilverfahrens konkretisierten Erscheinungsformen der Aufgaben der sozialistischen Rechts-

pflge. Die Aufgaben der sozialistischen Rechtspflege werden meistens auf umfassende, aber auch auf detaillierte Weise durch gewisse höhere Rechtsnormen, in Ungarn z.B. durch die Verfassung, bzw. durch das Gesetz über die Gerichte vom Jahre 1972. bestimmt. Das Wesen des Inhalts der im geltenden positiven Recht angegebenen, bzw. aufgezählten Aufgaben kann für die Verfahrenswissenschaft folgenderweise kurz verallgemeinert werden: die Gerichte verwirklichen im Laufe des Schutzes und des Geltendmachens der *sozialistischen Gesetzlichkeit* – durch die Aufdeckung des tatsächlichen Sachverhalts der von ihnen behandelten Sachen und durch ihre den Rechtsnormen und dem sozialistischen Rechtsgefühl entsprechende Rechtssprechung – die *sozialistische Gerechtigkeit* und dadurch *erziehen* sie die Werktätigen.

Die *sozialistische Gesetzlichkeit* wird im Zivilverfahren dann verwirklicht, wenn bei der Beurteilung der vor das Gericht gelangten individuellen Zivilsache die darauf bezüglichen materiellen Rechtsnormen zur Geltung gekommen sind und in Hinsicht des Verfahrens die gesetzliche Ordnung der Gerichtsbarkeit eingehalten wurde; vom Standpunkt der Gesellschaft bedeutet das, daß das Zivilverfahren den Schutz der staatlichen Einrichtung der Ungarischen Volksrepublik, der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung, ferner der Rechte und der gesetzlichen Interessen der Staatsbürger und der wirtschaftenden Organisationen sichern muß. Die Verwirklichung der sozialistischen Gesetzlichkeit bedeutet also die Verwirklichung der sozialistischen Rechtsordnung im Laufe des Zivilverfahrens.

Mit der Aufgabe des Geltendmachens der sozialistischen Gesetzlichkeit ist die Aufgabe der Verwirklichung der *sozialistischen Gerechtigkeit* organisch verbunden. Die sozialistische Gerechtigkeit kann nur auf dem Boden der sozialistischen Gesetzlichkeit verwirklicht werden.

Ein wichtiger bestimmender Faktor der Gerechtigkeit ist immer das Rechtsbewußtsein der herrschenden Klasse. Der Inhalt der sozialistischen Gerechtigkeit beruht auf der neuen Auffassung der Rolle und Bedeutung der Arbeit, auf der von der Gerechtigkeit gebildeten Ansicht der Werktätigen. Diese Vorstellung von der Gerechtigkeit geht aus dem auch in der Verfassung festgelegten Grundsatz des Sozialismus aus („Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeit“).

Unter den Elementen der sozialistischen Gerechtigkeit hat die Feststellung der die objektive Wirklichkeit richtig widerspiegelnde *objektiven Wahrheit* eine besondere Bedeutung. Das sozialistische Zivilverfahrensrecht verpflichtet das Gericht eine aktive initiiierende Tätigkeit im Interesse der Aufdeckung des tatsächlichen Sachverhalts, der tatsächlichen Rechte der Parteien und ihres Verhältnisses zueinander zu entfalten.

Die bürgerliche zivilverfahrensrechtliche Wissenschaft bezweifelt im allgemeinen die Möglichkeit der Feststellung der objektiven Wahrheit im Prozeß, manche extreme Theorien betrachten dies nicht einmal als eine Aufgabe des Gerichtes. Solche Stellungnahmen widerspiegeln eigentlich die tatsächliche Stellung des aufgrund der Grundsätze des kapitalistischen Systems organisierten Zivilprozesses: die bürgerlichen Verfahrensrechtsnormen verpflichten das Gericht nicht zur Feststellung des tatsächlichen



Sachverhalts, wenn der Sachverhalt nicht bestritten ist, sondern verbieten sogar oft die Erforschung der Tatsachen und Beweise von amtswegen, die Vollziehung von Beweishandlungen von amtswegen; das bürgerliche Zivilprozeßrecht verdammt das Gericht im allgemeinen zu Passivität, beschränkt es dem Wesen nach auf das von den Parteien vorgebrachte Prozeßmaterial, Tatsachen und Beweise, wodurch es zur Fällung eines Urteils gezwungen wird, das eventuell mit der objektiven Wahrheit im Gegensatz steht. Ein solches Urteil wird dann nur formell mit der Wahrheit in Einklang stehen, es wird also nur die sog. „formelle Wahrheit“ enthalten. Die bürgerliche Rechtswissenschaft und die Prozeßrechtsregeln sind auch damit im allgemeinen zufrieden.

Der Standpunkt des sozialistischen Zivilverfahrensrechtes steht damit in Gegensatz. Das ganze System auch der ungarischen Zivilprozeßordnung ist von der Aufgabe der Aufdeckung der objektiven Wahrheit durchdrungen.

Das Gericht erfüllt – im Rahmen der kulturellen-erzieherischen Tätigkeit des sozialistischen Staates – institutionell eine *erzieherische Aufgabe*: es beschränkt sich nicht auf die Anwendung des staatlichen Zwanges, sondern schreibt eine große Bedeutung auch der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen zu.

Das Gericht erzieht die Staatsbürger zur Achtung des Gesetzes, zur Staatsbürgerdisziplin und zur Einhaltung der Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens.

Die Zivilgerichtsbarkeit berührt einen sehr weiten Kreis der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse: zahlreiche Erscheinungen der wirtschaftenden Tätigkeit der sozialistischen Organisationen, der Arbeit der Werktätigen, ihrer Familienbeziehungen und ihres täglichen Lebens können zwecks Beurteilung beim Zivilverfahren vor das Gericht kommen. Das ist die Erklärung der großen Bedeutung der erzieherischen Rolle des Zivilgerichtsverfahrens.

## V. Grundsätze des sozialistischen Zivilverfahrens

### 1. Allgemeine Fragen der Grundsätze

Diese Grundsätze bestimmen die allgemeinen und grundlegenden Methoden der Durchführung der zur Verwirklichung des Ziels des Zivilverfahrens dienenden Aufgaben und sind zugleich Garantien der Erfüllung dieser Aufgaben. Sie bestimmen demgemäß die wichtigsten Züge der Organisationsgrundlagen des Verfahrens, seines Struktursystems und der Abwicklungslösungen, sie durchdringen die Prozeßinstitute und die Hauptbestimmungen des Verfahrens, heben den sozialistischen ideellen Inhalt des ganzen Zivilverfahrens hervor.

Gemäß der richtigen Auffassung stellen sie nicht nur die verallgemeinernden Thesen der in den geltenden Rechtsnormen enthaltenen Bestimmungen dar, sondern sie verfügen selbst – als prozessualer Niederschlag der sozialistischen Ideologie – über einen *normativen Charakter*. Dieser

Umstand hat weitgreifende Konsequenzen sowohl auf dem Gebiet der Gesetzgebung, wie auch auf dem der Rechtsanwendung.

Auf dem Gebiet der *Gesetzgebung* hat der normative Charakter jene doppelte Folge, daß die Grundsätze einerseits das ganze System des Verfahrens bestimmen und in den geltenden Verfahrensrechtsnormen eine konkrete Form annehmen (*lex lata*), andererseits aber für die zukünftige Weiterentwicklung der Rechtsnormen des Zivilverfahrens richtungsweisend sind (*lex ferenda*). Aus dem normativen Charakter der Grundsätze folgt auf dem Gebiet der Rechtsanwendung auch eine doppelte Konsequenz: im Falle eines Zweifels bei der Rechtsanwendung kommt ihre *rechtsdeutende Rolle* zur Geltung und mangels einer Rechtsnormbestimmung spielen sie eine *lückenausfüllende Rolle*.

Bei der Systematisierung der Grundsätze des Zivilverfahrens kann man von mehreren Ausgangspunkten ausgehen. Die einfachste – zugleich äußerliche – Klassifikationsbasis ist die Rechtsnormstellung: ob der gegebene Grundsatz durch die Verfassung oder eine andere Rechtsnorm festgelegt (*legales System*) wird. Hinsichtlich ihres bestimmten ideologischen Inhalts bietet die Gruppierung nach dem gesellschaftlichen, historischen Ursprung ein anschauliches Bild (*genetisches System*): einzelne Grundsätze reichen auf die bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechte zurück, andere bildeten sich zuerst in der sozialistischen Rechtspflege aus. Aufgrund der Beachtung ihrer Rolle, ihrer Bestimmung im Zivilverfahren können die Gruppen einerseits der organisatorischen, andererseits der funktionellen Grundsätze ausgestaltet werden (*funktionelles Systems*). Diese letztere Auffassung der Systematisierung gibt den Rahmen unserer weiteren Erörterungen.

## 2. Die Organisationsgrundsätze

Als Organisationsgrundsätze des sozialistischen Zivilverfahrens sind folgende zu betrachten: Ausschließlichkeit der Gerichtsrechtsprechung, Einheit der sozialistischen Rechtsprechung, die Kollegialgerichtsbarkeit, die Volksteilnahme, die Wahl der Richter und die Unabhängigkeit der Richter.

*Der Grundsatz der Ausschließlichkeit der Gerichtsrechtsprechung* bedeutet mit anderen Worten, daß im sozialistischen Staat nur die Gerichte die Rechtsprechung ausüben. Die rechtsstreitentscheidende Tätigkeit anderer Organe kann höchstens in gewissen Bezügen der Rechtsprechung ähnlich sein, aber kann nie als solches qualifiziert werden. Demgemäß ist die Tätigkeit der Schlichtungskommissionen in Arbeitssachen (sowie der in Ungarn mit dem 1. Januar 1973. eingestellten wirtschaftlichen Schlichtungskommissionen), der Kameradschaftsgerichte und anderer außer gerichtlichen Organe keine Rechtsprechung. Für Rechtsprechung hat im sozialistischen Staat das Gericht ein Monopol. Das ist ein sehr wichtiger Grundsatz, weil jener Umstand eine garantierte Bedeutung hat, daß die Zivilsachen der wirtschaftenden Organisationen und der Staatsbürger durch ein mit den entwickeltsten demokratischen Garantien umgebenes Gerichtsverfahren entschieden werden.



Rückblickend auf die Entwicklung der ungarischen Gerichtsbarkeit ist festzustellen, daß dieser Grundsatz im Laufe des sozialistischen Aufbaus nicht mit einem für immer gültigen statischen Inhalt verwirklicht wird, sondern hinsichtlich des Maßes seiner Geltung Abweichungen aufweist; im großen und ganzen wird es immer vollkommener, obwohl manchmal auch Einengungen vorkommen (in Form von der Weisung von strittigen Zivilsachen vor außergerichtliche Organe). Mit Hinsicht darauf weist der Grundsatz der Ausschließlichkeit der Gerichtsrechtsprechung auch auf Aufgaben der Entwicklung: der Kreis der vor die Gerichte ("auf den Gerichtsweg") gehörenden Sachen wird in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft offensichtlich breiter sein, als heute.

*Der Grundsatz der Einheit der sozialistischen Rechtsprechung* folgt direkt aus dem Satz der Gleichheit vor dem Gesetz der Verfassung und umfaßt einen doppelten Inhalt: die Thesen des einheitlichen Gerichts und des einheitlichen Rechts kommen darin zum Ausdruck.

Infolge des Satzes des *einheitlichen Gerichtes* gibt es im sozialistischen Ungarn weder Gerichte mit privilegiertem Charakter (die Privilegien geben), noch solche, die auf nachteiligen Unterscheidungen beruhen (mit Diskriminationscharakter). Die in der Verfassung und im Gerichtsverfassungsgesetz festgelegte Gerichtsorganisation ist einheitlich. Dieser Satz wird im Gerichtsverfassungsgesetz auch so ausgedrückt, daß „in der Sache jedes Staatsbürgers dieselben Gerichte verfahren ohne Hinsicht auf seine gesellschaftliche Lage und Nationalität“.

Der Satz des *einheitlichen Rechtes* bedeutet, daß die ungarische Gesetzgebung einheitlich ist und in der Gerichtsbarkeit die Regeln des einheitlichen sozialistischen Rechtssystems zur Geltung kommen. Von der Seite der Rechtsanwendung der Gerichte betrachtet, wird dieser Satz im Gerichtsverfassungsgesetz so abgefaßt, daß in unserer Gerichtsbarkeit „die Gesetze und die anderen Rechtsnormen für sämtliche Gerichte verpflichtend sind“.

Auf zukünftige Aufgaben weist übrigens auch dieser Grundsatz hin, da die Organisation der Arbeitsgerichtsbarkeit durch Sondergerichte für das Arbeitswesen als eine Übergangsentwicklungsstufe im Prozeß der Erschaffung der Einheit der ungarischen Gerichtsbarkeit aufgefaßt werden kann; jedenfalls war im Jahre 1972. ein vorwärtszeigender Schritt die Errichtung der Arbeitsgerichte anstatt der früheren Gebietsschlichtungskommissionen.

Auch die *Kollegialgerichtsbarkeit* ist ein Grundsatz des sozialistischen Zivilverfahrens. Die Zivilrechtssprechung wird auf jeder Stufe der Gerichtsorganisation durch Senate (Kammern) ausgeübt. Einzelgerichtsbarkeit kommt nur ausnahmsweise und nur im Verfahren I. Instanz in den im Gesetz aufgezählten Sachen vor.

Die im System der Kollegialgerichtsbarkeit organisierte Urteilkammer besteht in erster Instanz im allgemeinen aus einem Berufsrichter und zwei Volksschöffen (ausnahmsweise — in bestimmten Patentprozessen und Warenzeichenprozessen — aus drei Berufsrichtern). In den außer-

prozessualen Zivilsachen ist die Lage umgekehrt: im allgemeinen urteilen Einzelgerichte, ausnahmsweise wirken aber im Verfahren auch Volksschöffen mit (z.B. in Sachen bezüglich der Herausgabe von persönlichen Gebrauchsgegenständen).

Die Urteilstätigkeit der Volksschöffen beruht auf dem Grundsatz der *Volksteilnahme*. Dieser Grundsatz verleiht dem Grundsatz der Kollegialgerichtsbarkeit einen Klasseninhalt.

Die Volksschöffen haben bei der Urteilsfällung dieselben Rechte und Pflichten wie die Berufsrichter, aber als Vorsitzender der Kammer (und natürlich auch als Einzelrichter) kann nur ein Berufsrichter verfahren. Die Volksschöffen nehmen in der erstinstanzlichen Beurteilung der zur Kollegialgerichtsbarkeit gehörenden Zivilsachen teil.

Infolge des *Grundsatzes der Wahl der Richter*, der ebenfalls auf dem sozialistischen Demokratismus beruht, werden die Richterämter durch Wahl bekleidet; sowohl die Berufsrichter, wie auch die Volksschöffen erhalten ihr Amt durch Wahl. Die Berufsrichter werden durch den Präsidentialrat der Volksrepublik (der Präsident des Obersten Gerichtshofes vom Parlament), die Volksschöffen aber durch den zuständigen Rat (die Volksschöffen des Obersten Gerichtshofes vom Präsidentialrat der Volksrepublik) gewählt.

Diesem auch in einzelnen kapitalistischen Ländern bekannten Grundsatz der Richterwahl verleiht die *Berichterstattungspflicht* der Richter (an das Parlament, bzw. an den entsprechenden Rat oder Exekutivkomitee) sowie die *Möglichkeit der Zurückberufung* der Berufsrichter und Volksschöffen seitens des wählenden Organs einen entschiedenen sozialistischen Inhalt.

Infolge des garantierten Grundsatzes der *Unabhängigkeit der Richter* sind die Berufsrichter und die Volksschöffen durch ein gesetzliches Verbot gegen jede Beeinflussung geschützt. Die Unabhängigkeit der Richter hat auch ein Pflichtelement: der Richter ist den Gesetzen und anderen Rechtsnormen unterworfen; daneben betrachtet er seine innere Überzeugung und sein sozialistisches Rechtsbewußtsein als maßgebend.

Die *tatsächlichen Bedingungen* der Unabhängigkeit der Richter können nur im Sozialismus erschaffen werden. Die Staatsmacht des werktätigen Volkes und das gesellschaftliche Eigentum der Produktionsmittel liefert die reelle Grundlage der richterlichen Unabhängigkeit. Die rechtlichen Garantien sind: die Regelung der *Inkompatibilität* der Richter, das rechtlich geregelte System der *Wahl, der Zurückberufung, der zu disziplinarischen Verantwortungsziehung, der Entlassung, der Ausschließung* aus der Erledigung der Sache der Richter, sowie das *Immunitätsrecht* der Berufsrichter und der Volksschöffen.

### 3. Die funktionellen Grundsätze

Vor dem durch die Organisationsgrundsätze ausgestalteten Hintergrund betrachten wir als *funktionelle Grundsätze* des sozialistischen Zivilverfahrens folgende: Grundsatz der redlichen Prozessführung, die Grundsätze der Gleichberechtigung der Parteien und der Sicherung des Gebrauchs



der Muttersprache, die Verfügungsmaxime und das Beibringungsprinzip, die Grundsätze der Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit.

Der *Grundsatz der redlichen Prozessführung*, der die Parteien verpflichtet ihre Prozeßrechte gutgläubig auszuüben und ihre Prozeßpflichten zu erfüllen sowie sich von allen solchen Verfahrenshandlungen und Verhalten zu enthalten, welche auf die Verzögerung des Prozesses oder auf die Vereitelung der Aufdeckung der objektiven Wahrheit gerichtet ist (bzw. das zur Folge haben kann), ist einer der wichtigsten funktionellen Grundsätze des sozialistischen Zivilverfahrens. Seine Bedeutung wird durch das Grunderfordernis des sozialistischen Zivilverfahrens bezüglich der Feststellung der objektiven Wahrheit stark unterstützt (s. Kap. IV).

Die allgemeine Institutionierung des Erfordernisses der redlichen Prozessführung als Grundsatzes ist eben eine hochbedeutende Errungenschaft des sozialistischen Zivilverfahrensrechtes gegenüber dem bürgerlichen Zivilverfahrensrecht, welches nicht nur das Erfordernis der redlichen Prozessführung nicht besagt, sondern sogar die dessen nur einen Teil ausmachende Wahrheitspflicht nur stellenweise anerkennt und auch dann meistens nur formell — ohne tatsächliche Anwendung in der Gerichtsbarkeit. Diese Stellungnahme und Praxis des bürgerlichen Zivilverfahrensrechtes, das das Erfordernis der Feststellung der objektiven Wahrheit außer Acht läßt und sich im allgemeinen mit der sog. „formellen Wahrheit“ begnügt, ist an und für sich konsequent.

Das sozialistische Zivilprozeßrecht muß mehr tun, als nur das Erfordernis der Feststellung der objektiven Wahrheit zu verkünden. Dieses Ergebnis kann das Gericht allein — ohne entsprechende Mitwirkung der Parteien — nicht erreichen. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der objektiven Wahrheit liefert die rechtsprinzipielle Grundlage der sog. *Mitwirkungspflicht* der Partei eben der Grundsatz der redlichen Prozessführung. Das ist das wichtigste Mittel, womit die Partei dazu zu bewegen ist, daß sie nach bestem Wissen („gutgläubig“) den der objektiven Wahrheit entsprechenden Sachverhalt vorträgt, bzw. deren Feststellung fördert. Der Grundsatz der redlichen Prozessführung bildet zugleich die Fassung jener Sanktionen (Ordnungsstrafe, Gebührenstrafe, Schadenersatz, Kostenbelastung, Aberkennung des Anspruchs auf Kostenbegünstigung, usw.), welche die Partei zur Erfüllung ihrer Verpflichtung zwingen. Es handelt sich also hier nicht nur über ein Erfordernis theoretischen Charakters und moralischer Natur, sondern über einen positivrechtlich entsprechend *sanktionierten* Grundsatz.

Der Grundsatz der *Gleichberechtigung der Parteien* nimmt seinen Ursprung aus dem Verfassungsgrundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz und dem Organisationsgrundsatz der Einheit der Gerichtsbarkeit, bzw. er ist deren Projektion auf das Verfahren. Unter den Verhältnissen des Sozialismus hörte jedes wirtschaftliche und gesellschaftliche Hindernis der Gleichberechtigung der Parteien im Prozeß auf. Die Gerichtsbarkeit sichert die Realität der vollen Gleichberechtigung der Parteien, die Paralisierung der noch bestehenden einzelnen Vermögensunterschiede und Klassenunterschiede im Zivilverfahren. Der Grundsatz der Gleichbe-

rechtiung der Parteien hat drei *Elemente*: a) die Pflicht des *gegenseitigen Anhörens* (das Gericht ist verpflichtet beide Parteien anzuhören), bzw. jeder die Möglichkeit zu geben, seinen Standpunkt darzulegen); b) *Gleichheit im Verfahren* (den Parteien kommen gleiche Verfahrensrechte zu); c) *Belehrungspflicht* (das Gericht ist verpflichtet auch durch Belehrung den Parteien die gleiche Möglichkeit der Ausübung ihrer Verfahrensrechte zu sichern).

Eine weitere Ausstrahlung der genannten Verfassungs- und Organisationsgrundsätze ist auch der Grundsatz der Sicherung des *Gebrauchs der Muttersprache*, welcher in der sozialistischen Gerichtsbarkeit neben der amtlichen Sprache des Verfahrens auch den Nationalitäten- und anderen Sprachen volle Gleichberechtigung sichert, wobei auch die materiellen Bedingungen des Gebrauchs der Muttersprache durch Inanspruchnahme eines Dolmetschers und den Vorschuß der Übersetzungskosten durch den Staat geschaffen werden.

Die sozialistische Auffassung der *Verfügungsmaxime* schafft einerseits zwischen den Rechten und gesetzlich geschützten Interessen des Individuums, andererseits den Interessen der Gesellschaft und dem Erfordernis der Feststellung der objektiven Wahrheit einen Einklang. Dieser Einklang offenbart sich in den charakteristischen Zügen der sozialistischen Verfügungsmaxime: in der – im Rahmen der Gesetze freien – Verfügung der Parteien über die zum Schutz ihrer materiellen Rechte notwendigen Verfahrensmittel, in der aktiven Rolle und Belehrungspflicht des Gerichtes, im Initiativrecht und Verfahrensaktivität der Staatsanwaltschaft (und anderer staatlicher-gesellschaftlicher Organe). Diese Züge verkörpern sich in jenen Verfahrensrechten, welche auf die *Einleitung, Fortführung und Einstellung* des Verfahrens gerichtet sind.

Die sozialistische Auffassung der Verfügungsmaxime kommt u. a. in jenem Satz zum Ausdruck, wonach das Gericht an die von den Parteien vorgebrachten Anträge und Rechtserklärungen im allgemeinen gebunden ist, und das Gericht den *Verzicht auf ein Recht* und die *Anerkennung eines Rechtes*, wenn dies mit den gerechten Interessen der Partei offensichtlich im Gegensatz steht, auch dann nicht in Betracht ziehen muß, wenn es die Partei trotz Information des Richters aufrechterhält. Eine ähnliche Regel kommt bezüglich des *Prozeßvergleichs* der Parteien zur Geltung, der die Rechtskraftwirkungen nur nach Zustimmung des Gerichtes erhält. Vor der Zustimmung muß das Gericht nicht nur untersuchen, ob der Inhalt des Vergleichs nicht gegen eine zwingende Rechtsregel verstößt, sondern auch ob er den gerechten Interessen der Parteien entspricht.

Auch die *Schranken der meritorischen Entscheidung* werden nach der sozialistischen Auffassung durch die Verfügung der Parteien (Klageantrag und Gegenantrag) bestimmt. Trotzdem kann jene Partei kein Nachteil treffen, die aus Unwissenheit oder Irrtum im Zivilverfahren weniger fordert, als ihr zukommt; zwar kann die Entscheidung die von der Partei bestimmten Rahmen nicht überschreiten, aber das Gericht ist verpflichtet, sie auf ihre weiteren Rechte aufmerksam zu machen.



Das *Beibringungsprinzip* (wir verwenden diesen Ausdruck statt der in der aus- und inländischen Verfahrenswissenschaft allgemein verwendeten und eine Begriffsverwirrung verursachenden Bezeichnung der „Verhandlungsmaxime“) steht in engem Zusammenhang mit der Verfügungsmaxime; während die letztere primär die Dynamik, den Gang des Zivilprozesses leitet und es an die Verfahrenshandlungen der Prozeßsubjekte anpaßt, bezieht sich das Beibringungsprinzip auf die Inhaltselemente des Verfahrens, auf das zu beurteilende Prozeßmaterial (auf die im Prozeß vorgebrachten Tatsachen und ihre Beweise), und beantwortet die Frage: wer hat davon zu sorgen, daß die notwendigen Tatsachen und Beweise im Prozeß zu Verfügung stehen. Das sozialistische Beibringungsprinzip ist die Fassung der auf die Aufdeckung des Sachverhalts gerichteten grundlegenden Regeln, das Prinzip der Aufdeckung der objektiven Wahrheit im Prozeß. Sein Wesen besteht darin, daß die interessierten Parteien in erster Linie das Prozeßmaterial liefern, aber das Gericht ist nicht verpflichtet sich darauf zu beschränken, sondern es kann – im Interesse der Aufdeckung der Wahrheit, des Schutzes der Rechte des Staates und der Werktätigen – in den Kreis der Untersuchung auch andere Tatsachen einbeziehen und andere Beweise beschaffen; diese Momente ergänzen sich mit der Möglichkeit der Teilnahme des Staatsanwalts im Zivilverfahren.

Weder der Standpunkt, der ausschließlich den Parteien das Recht Tatsachen und Beweise zu Verfügung zu stellen zuerkennt, der den klassischen Kapitalismus kennzeichnete, noch der gegensätzliche sog. Inquisitionsprinzip der feudalen Gerichtsbarkeit, das unlängst – als Tendenz – die faschistische Zivilgerichtsbarkeit charakterisierte, sind mit der sozialistischen Auffassung des Beibringungsprinzips vereinbar.

Der Konflikt des klassischen Beibringungsprinzips und des Inquisitionsprinzips bedeutet auch heute noch ein unlösbares Problem für das bürgerliche Recht. Das Wesen dieses Konflikts kann so ausgedrückt werden, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem eigentlich eine solche Struktur des Zivilprozesses gar nicht ausgebildet werden kann, die die Aufdeckung des wahren Sachverhalts wirksam sichern, die böswillige Verzögerung der Prozesse oder gar die Lüge im Prozeß, die nachteilige Lage der wirtschaftlich schwächeren Partei im Prozeß und – häufig – die Verwendung des Gerichts durch Zusammenspielen der Parteien zum Erreichen ungesetzlicher Ziele verhindern könnte. Unter solchen Umständen ist das Gericht oft unfähig, gegen die Erscheinungen des Mißbrauchs der Prozeßrechte und Möglichkeiten etwas zu tun.

Das Beibringungsprinzip gemäß der sozialistischen Auffassung sichert dagegen mit wirksamen Mitteln sowohl den Parteien (und der Staatsanwaltschaft) das Recht und die Pflicht, die hinsichtlich der Entscheidung der Sache bedeutsamen Tatsachen mit ihren Beweisen dem Gericht zu unterbreiten, wie auch das Recht und die Pflicht des Gerichtes, die objektive Wahrheit festzustellen. Die Parteien sind die aktiven Teilnehmer des Verfahrens, aber auch das Gericht ist kein passiver Zuschauer, nur der am Ende entscheidender Mitwirkender, sondern ein initiativ auftretendes, aktives Subjekt des Zivilprozesses.

Die Grundsätze der *Öffentlichkeit*, der *Mündlichkeit* und der *Unmittelbarkeit*, die ursprünglich die Gerichtsreformforderungen der Bürgerschaft im ersten Abschnitt des Kapitalismus zum Ausdruck brachten, werden auch im sozialistischen Zivilverfahren angewendet. Es handelt sich aber nicht von einer einfachen Übernahme, weil im System der sozialistischen Gerichtsbarkeit der Klassencharakter dieser Grundsätze sich ändert, ihr demokratischer Inhalt reicher wird, ihre unter sozialistischen Verhältnissen sich als antidemokratisch erweisenden früheren Einschränkungen (z.B. Ausschließung der Werktätigen in einfachem Gewand von der öffentlichen Gerichtsverhandlung, die Ausdehnung der Schriftlichkeit gegenüber der Mündlichkeit, Institutionierung des Anwaltszwanges gegenüber der Unmittelbarkeit) aufhören, die Garantien wirksamer werden (z.B. die Kontinuität der Verhandlung und die Einführung des Erfordernisses der Unveränderlichkeit des verhandelnden Senats). Diese Grundsätze sind — wobei sie mit sozialistischen Demokratismus aufgefüllt werden — zugleich bedeutende Faktoren der Erfüllung der Erziehungsaufgabe des Gerichts.

#### 4. *Die Prozeßwirksamkeit*

Das Erfordernis der Prozeßwirksamkeit steht in sehr engem Zusammenhang mit den Verfahrensgrundsätzen. Diese Wirksamkeit selbst ist nicht als Grundsatz zu betrachten (sie hat keinen immanenten ideellen-politischen Inhalt), ist aber doch ein solches maßgebendes Kriterium des Zivilprozesses, das bei der Anwendung in der sozialistischen Verfahrenswissenschaft eine entschiedene politische Bedeutung erhält. Diese Bedeutung ist aber, daß die Wirksamkeit der Gerichtsbarkeit — und in deren Rahmen des Zivilverfahrens — ein Interesse sowohl der Werktätigen, wie auch des sozialistischen Staates ist. In dieser Anschauung erhält das Wirksamkeitserfordernis schon einen ideellen Hintergrund im System der sozialistischen Gerichtsbarkeit.

Infolge dieser Rolle im sozialistischen Zivilverfahren durchdringt (muß durchdringen) das Wirksamkeitserfordernis die Verfahrensgrundsätze: der Wirksamkeitsfaktor spielt bei allen eine Rolle. Das Wesen dieser Rolle besteht darin, daß die Wirksamkeit die vollkommenere Übertragung dieser Grundsätze aus der Erfordernissphäre in die Realitätssphäre ermöglicht. Das Kriterium der Wirksamkeit bereichert die Grundsätze des sozialistischen Zivilverfahrens und nähert sie noch mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Im Begriffssystem des Rechts ist die Wirksamkeit der rechtlichen Regelung und des dadurch bestimmten Rechtsinstituts eigentlich ein Verhältnisbegriff, der Ausdruck jenes Verhältnisses, das zwischen dem Ziel der rechtlichen Regelung (dem Rechtsinstitut) und dem in Wirklichkeit erreichten Ergebnis besteht. In dieser Anschauung kann jener Zivilprozeß als wirksam betrachtet werden, der so organisiert ist, daß dem Erfordernis des realen Rechtsschutzes auf optimale Weise Geltung verschafft wird.

Dieses Optimumerfordernis steht jenem Maßstab nahe, den man im Verfahrensrecht im allgemeinen *Prozeßwirtschaftlichkeit* nennt, es ist aber inhaltlich mehr und fällt so damit nicht zusammen.



Der Rechtsschutz wird dann auf optimale Weise verwirklicht, wenn der Zivilprozeß nur *a)* die notwendigste Arbeitsmenge und *b)* den notwendigen Zeitaufwand erfordert, ferner verhältnismäßig mit der *c)* geringsten Kostenauswirkung verbunden ist, ohne daß aber *d)* die Aufdeckung der Wahrheit verletzt würde.

Diese Kennzeichen der Wirksamkeit des Zivilprozesses sind aber — in der Sprache des Verfahrensrechts ausgedrückt — nichts anderes, als die Erfordernisse der *a)* *Einfachheit*, *b)* *Schnelligkeit*, *c)* *Billigkeit* und *d)* *Gründlichkeit* der Rechtssprechung (des Prozeßverfahrens).

Daneben ist vom Gesichtspunkt der Gesellschaft auch das von großer Bedeutung, daß die Zivilgerichtsbarkeit auf die öffentliche Meinung eine *erzieherische, beruhigende Wirkung* ausübt und auch ihre *prozeßvorbeugende Wirkung* zur Geltung kommt.

Das Optimum ergibt sich aus dem günstigsten Maß dieser Kennzeichen und aus dem entsprechendsten Verhältnis zueinander.

Bei der Kodifikations- und Rechtsanwendungsarbeit verursacht besonders die richtige und zweckmäßige Ausbildung dieses Verhältnisses Schwierigkeiten, weil die im Begriff der Wirksamkeit des Zivilprozesses verborgenen genannten Erfordernisse teilweise sich in entgegengesetzter Richtung bewegen, in entgegengesetzte Richtung wirken.

Die Erfordernisse der Einfachheit, Schnelligkeit und Billigkeit üben im großen und ganzen eine Wirkung in derselben Richtung aus und stärken sich gegenseitig beim Geltendmachen. Entschieden entgegengesetzte Richtung hat aber das Erfordernis der Gründlichkeit und auch das Erfordernis der Prozeßvorbeugung wirkt mehr oder minder in die entgegengesetzte Richtung. Die erzieherische, beruhigende Gerichtsbarkeit ist in dieser Hinsicht gleichgültig, bzw. kann auch so aufgefaßt werden, als die Resultante der gegenseitigen Wirkung der übrigen Elemente der Wirksamkeit des Zivilprozesses aufeinander. In der juristischen Literatur wird dieses Dilemma im allgemeinen so formuliert, daß „der Zivilprozeß beschleunigt werden soll, aber nicht zum Nachteil der Gründlichkeit“. Dasselbe Problem erscheint auf ideeller-politischer Ebene auf die Weise, daß eine Beschleunigung und Vereinfachung des Zivilprozesses nicht mit der Verringerung der Gerichtsbarkeitsgarantien verbunden sein darf.

Mit Hinsicht darauf, daß sämtliche Wirksamkeitserfordernisse gleichzeitig maximal nicht befriedigt werden können, ist offensichtlich ein rationelles Kompromiß notwendig: weder eine Prinzipienreiterei, noch der leere Praktizismus kann zu einem gesunden Ergebnis führen.

## VI. Das System des Zivilverfahrens in der Ungarischen Volksrepublik

### 1. Hauptformen des Zivilverfahrens

Der Zivilverfahrensweg der Verwirklichung der Gerichtsbarkeit führt zu zwei Hauptformen, zur Form des Prozeßverfahrens und des außerprozessualen Verfahrens. Das Prozeßverfahren ist die Form der Abwicklung der Rechtsstreitsachen, das außerprozessuale Verfahren dagegen im allgemeinen die der Sachen ohne Rechtsstreit.

Das *Prozeßverfahren* wird immer mit einer Klage eingeleitet (deshalb wird es in einzelnen Fremdsprachen „Klageverfahren“ genannt), es gibt Gegenparteien, deren Rechtsstreit das Gericht meistens nach Abhaltung einer mündlichen Verhandlung mit einem Urteil genannten, meritorischen Beschluß entscheidet, der unter bestimmten Bedingungen die Rechtskraft erlangt. Das *außerprozessuale Verfahren* ((in einzelnen Fremdsprachen „Sonderverfahren“, „freiwillige Gerichtsbarkeit“, „außerstreitiges Verfahren“ genannt) wird nie durch eine Klage, sondern immer mit einer Antrag, Einrede, Beschwerde genannten Eingabe, eingeleitet, es ist meistens kein Rechtsstreit vorhanden (indem es im allgemeinen auch keine Gegenpartei gibt), eine Gerichtsverhandlung findet nur ausnahmsweise statt und oft geht nicht einmal das Gericht, sondern ein anderes Organ (Notar) in der Sache vor und das Verfahren endet nie mit einem Urteil, sondern mit einem anders benannten Beschluß (mit einem hinsichtlich der Rechtskraft geringeren Wert als das Urteil), z.B. mit einem Bescheid.

## 2. Das System der Prozeßverfahren

Auch innerhalb des Prozeßverfahrens selbst gibt es *Verfahrensarten* mit unterschiedlicher Form: das gemäß den allgemeinen Regeln der Zivilprozeßordnung vor sich gehende sog. *ordentliche Verfahren* und die nach speziellen Regeln abgewickelten *Sonderprozesse*. Auch in der letzteren Gruppe sind zwei Prozeßarten zu unterscheiden – abhängig davon, wie sich die Regelung des Verfahrens zu den Regeln der ordentlichen Prozesse verhält. Die im IV. Teil der ungarischen Zivilprozeßordnung enthaltenen Sonderprozesse (Eheprozesse, Vaterschafts- und andere Abstammungsprozesse, Prozesse wegen Aufhebung der elterlichen Aufsicht, Entmündigungsprozesse, sog. Verwaltungsprozesse, Presseprozesse, Prozesse wegen Genossenschaftsmitgliedschafts- und Arbeitsstreite, usw.) werden z.B. nach den allgemeinen Regeln der ZPO (in Teil I – III) – mit den im bestimmten Kapitel des Teils IV enthaltenen Abweichungen – beurteilt. Einen abweichenden Charakter hat die Regelung bei einer anderen großen Gruppe der Sonderprozesse, bezüglich der Rechtsstreite der wirtschaftenden Organisationen untereinander (sog. Wirtschaftsprozesse). Diese beurteilt das Gericht gemäß den Verfahrensregeln in Teil V der Zivilprozeßordnung und die allgemeinen Regeln der ZPO werden nur dann angewendet, wenn Teil V der ZPO oder eine andere spezielle Verfahrensregel keine Bestimmung enthält. In diesem Fall spielen also die „allgemeinen“ Regeln der ZPO eigentlich die Rolle der „speziellen“ Regeln neben den in diesen Prozessen mit „allgemeinem“ Charakter zur Geltung kommenden Regeln des Teils V der ZPO.

## 3. Das System der außerprozessualen Verfahren

Die Wissenschaft klassifiziert nach zahlreichen Gesichtspunkten die außerprozessualen Verfahren: nach ihrem Gegenstand, nach ihrem Verhältnis zum Prozeß, usw. Die bedeutendste Klassifikation ist die nach dem Gegenstand. In die Gruppe der außerprozessualen *Persönlichkeitsverfahren* gehören: die Todeserklärung, Verschollenheitserklärung, Feststellung der Tatsache des Todes, die gerichtliche Berichtigung der Wahlliste, usw.



Solche mit dem *Vermögen* als Gegenstand sind das Nachlaßverfahren, Kraftloserklärung von Urkunden (Wertpapieren), Aufhebung der ehelichen Vermögensgemeinschaft, usw. In die dritte Gruppe können außerprozessuale Verfahren mit einem *gemischten* Gegenstand eingereiht werden: Sicherung des Beweises, Sicherung des Kindesunterhalts eines Alkoholikers (eines Rauschgiftgenießers), gewisse einstweilige Maßnahmen, usw.

#### 4. Abschnitte des Zivilverfahrens

Das Zivilverfahren ist ein einheitlicher, zielstrebig vorwärtsschreitender Prozeß, innerhalb dessen rationell gewisse Teile nacheinander begrenzt werden können, die eine gewisse Geschlossenheit aufweisen. Diese sind die *Abschnitte des Verfahrens*. Jeder Abschnitt ist durch ein bestimmtes teilweises Verfahrensziel charakterisiert, wird meistens durch eine Verfahrenshandlung der Partei eingeleitet und durch die das Ziel verwirklichende (bzw. auf der schon eingetroffenen Verwirklichung beruhende) Verfahrenshandlung des Gerichts abgeschlossen. Es kommt natürlich vor, daß irgend-ein Abschnitt ohne die Verwirklichung des Zieles abgeschlossen wird (z.B. der Prozeß wird eingestellt, die Vollstreckung bleibt erfolglos, usw.).

Im System des sozialistischen Zivilverfahrens trennt die ungarische wissenschaftliche Auffassung folgende Abschnitte: *Klageerhebung, Verhandlung, Berufung, Revision, Vollstreckung* (wobei unter „Revision“ das Überprüfungsverfahren infolge eines Wiederaufnahmeantrags oder einer Gesetzlichkeitsverwahrung zu verstehen ist).

Aus der Kontinuität und Zeitgebundenheit des Verfahrens folgt, daß nicht jeder der Abschnitte in jedem Zivilprozeß unbedingt eintritt (ohne Berufung fällt z.B. der dritte Abschnitt fort, im Falle des freiwilligen Aufweisens eines dem rechtskräftigen Beschluß entsprechenden Verhaltens kommt die Reihe nicht an die Vollstreckung, usw.) und auch ein Tausch in der Reihenfolge kann vorkommen (z.B. weil infolge einer einstweiligen Verfügung oder einer vorläufigen Vollstreckbarkeit die Vollstreckung früher vollzogen wird).

Gemäß der in der sozialistischen Verfahrenswissenschaft herrschenden Auffassung ist die *Vollstreckung* keine selbständige Verfahrensart, sondern ein organischer Teil – und gemäß dem Gesagten ein Abschnitt – des einheitlichen Zivilverfahrens. Diese wissenschaftliche Auffassung widerspiegelt sich – mit Ausnahme der ungarischen Zivilprozeßordnung – in allen sozialistischen Zivilprozeßordnungen, die auch die Regeln der Zwangsvollstreckung enthalten.

**THE OUTLINES OF THE SOCIALIST CIVIL PROCEDURE LAW — WITH SPECIAL REGARD TO THE HUNGARIAN LAW**

by

**DR. LÁSZLÓ NÉVAI**

professor, head of the Civil Procedure Law Department

(Summary)

The introductory part of the treatise compares the structural development of the capitalist and socialist countries' jurisdiction in our age, and the second part the bourgeois and socialist science of civil procedure law. The third part of the treatise analyses the relation of the civil procedure law to other branches of the socialist law system. Furthermore, the author discusses the theoretical fundamental questions concerning the aim and tasks of the socialist civil procedure. In the fifth part he expounds his views on the socialist basic principles of civil procedure. The last part of the treatise examines several questions of the civil procedure system (main forms, legal proceedings, extra-judicial procedure, stages of civil procedure).

**ОСНОВНЫЕ ЧЕРТЫ СОЦИАЛИСТИЧЕСКОГО ГРАЖДАНСКОГО ПРОЦЕССУАЛЬНОГО ПРАВА — В ОСОБЕННОСТИ ВЕНГЕРСКОГО**

Проф. ЛАСЛО НЕВАИ

зав. кафедрой гражданского процесса, доктор юридических наук

(Резюме)

В первой и второй частях статьи сопоставляются в структурном аспекте развитие юстиции капиталистических и социалистических стран, а также буржуазная и социалистическая наука гражданского процессуального права. В третьей части статьи анализируется соотношение между гражданским процессуальным правом и другими отраслями социалистического права. Затем автор излагает основные теоретические вопросы о цели и задачах социалистического гражданского процесса, а — в пятой части статьи — свой взгляд о социалистических принципах гражданского процесса. В заключительной части статьи рассматриваются некоторые системные вопросы венгерского гражданского процесса (главные формы, исковые и неисковые производства, стадии гражданского процесса).